

Grünpol

Chemiemülldeponien sanieren – Trinkwasser schützen



Unterschriftensammelstand der Grünen Birsfelden.

Die Grünen Baselland lancierten am 9. Januar die beiden kantonalen Volksinitiativen: „Totalsanierung der Chemiemülldeponien in Muttenz“ und „Verantwortliche Basler Chemie- und Pharmafirmen müssen Trinkwasseruntersuchung und -aufbereitung bezahlen“.

Mit der ersten Initiative fordern wir die Aushebung des gefährlichen und giftigen Chemiemülls aus den Mutter Chemiemülldeponien Margelacker, Feldreben und Rothausstrasse. Die Sanierungskosten müssen gemäss Verursacherprinzip die verantwortlichen Chemie- und Pharmafirmen (Novartis, Ciba, Clariant, Syngenta usw.) bezahlen. Mit der zweiten Initiative verpflichten wir die Regierung, alle politischen und rechtlichen Schritte auszunützen, um die verantwortlichen Chemiefirmen zur Übernahme der Kosten für die aufwändigen Trinkwasseruntersuchungen und -aufbereitung zu übernehmen.

Die Hardwasser AG als Trinkwasserproduzent und die IWB, die das Trinkwasser im Auftrag der Hardwasser AG untersucht, betreiben seit Jahren eine Verheimlichungs- und Verschleierungspolitik. Sie sind unehrlich und täuschen Öffentlichkeit und Parlament. In den letzten Jahren ist in regelmässigen Abständen dank den Trinkwasseruntersuchungen von Greenpeace immer mehr über den Verschmutzungsgrad des Trinkwassers bekannt geworden. Dieser ist wesentlich grösser als uns die Hardwasser AG seit Jahren weiss machen will. Mitte Dezember 2007 wurde nun bekannt: Unser Trinkwasser enthält mindestens 29 zum Teil Krebs erregende Chemikalien aus den Chemiemülldeponien. Die vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) provisorisch festgelegten Grenzwerte sind teilweise deutlich überschritten. Nach langem und zähem politischem Druck der Grünen Fraktion im Landrat über Jahre hinweg konnten Madeleine

Göschke (Fraktionspräsidentin der Grünen) und Jürg Wiedemann (Landrat) im 2007 in den Labors der IWB die Trinkwasseranalysen 2006 kurz einsehen. Es handelte sich um 13 Listen. Auf jeder Seite waren 50 bis 60 Substanzen aufgeführt. Wir waren schockiert: Jede Seite enthielt rund zehn Chemikalien mit Konzentrationen weit über 100 ng/L (Nanogramm pro Liter Wasser) und ca. zwei bis fünf Chemikalien über 1'000 ng/L. Rund 60% der Chemikalien waren mit „unbekannte Substanz“ gekennzeichnet. Der höchste Wert, den wir gesehen haben, betraf eine unbekannt Substanz mit 6'789 ng/L. Noch gravierender ist jedoch: Die IWB hat nicht nur die 12 Screening-Trinkwasseruntersuchungen durchgeführt, die sie in ihrem 84-seitigen offiziellen Bericht ausweist,

Abstimmungsparolen 24. Februar 2008

Eidgenössische Vorlagen

JA zur Volksinitiative „Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten“

NEIN zur Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten und Investitionen (Unternehmenssteuerreformgesetz II)

Kantonale Vorlage

JA zur Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes (Defizitbremse)

sondern zwischen 40 und 50 Analysen von Trinkwasserproben. Im veröffentlichten Bericht hat sie jedoch nur die 12 Untersuchungen mit den tiefsten Werten bekannt gegeben. Auch heute noch weigert sich die IWB, diese 13 Listen her-

auszugeben und verhindern damit, dass diese durch unsere Experten analysiert werden können. Die drei Muttenzer Chemiemülldeponien stellen ein sehr grosses Gefahrenpotential für unser Trinkwasser dar. Des-

halb haben sich die Grünen entschieden, die beiden kantonalen Initiativen zu lancieren. Ich bitte Sie, die beiliegende Unterschriftenkarte auszufüllen und uns zurückzuschicken.

Jürg Wiedemann, Landrat, Binningen

Ja zur Volksinitiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten»



Die Initiative verlangt ein Verbot für Trainingsflüge in Tourismusregionen in Friedenszeiten. Betroffen sind die Militärflugplätze Meiringen und Sitten. Heute ist der Militärflugplatz in Meiringen

im Haslital ein wichtiger Stützpunkt für die Luftwaffe der Armee. Dieses Gebiet ist zugleich eine wunderschöne Tourismusregion im Berner Oberland. Ich kenne die Region gut und verbringe

meine Freizeit und Ferien sehr gerne und oft auf dem Hasliberg. Als ruhesuchender Agglomerationsbewohner kann ich mich in den Bergen gut erholen. Leider flitzen einem aber immer mehr lärmige Kampfjets um die Ohren. Der Fluglärmbelastung kann man nicht einmal mehr in den Alpen entkommen. Noch schlimmer trifft es jedoch die lokale Bevölkerung: Sie ist massiv vom Kampfjetlärm betroffen. Einerseits direkt durch den Kampfjet-Lärm, andererseits durch die indirekten Folgen von zu viel Fluglärm - viele Leute in der Region leben vom Tourismus.

Die Initiative will die stark angewachsenen Aktivitäten der Luftwaffe mit ihren lärmigen Kampfjets im Berner Oberland und im Wallis einschränken. Die Luftwaffe kann mit den vorgeschlagenen Einschränkungen einen Beitrag zur Lärm-Entlastung leisten.

Philipp Schoch, Landrat, Pratteln

Leider Nein zur Unternehmenssteuerreform

Die Grünen setzen sich für gute Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen ein – seien sie klein oder gross. Dazu gehören aber nicht nur Steuern, sondern qualifizierte Arbeitskräfte, gute öffentliche Dienstleistungen, eine leistungsfähige Infrastruktur, das kulturelle Angebot und vieles mehr. Damit all diese Leistungen erbracht werden können, braucht es Steuereinnahmen. Das geht bei der allgegenwärtigen Steuerenkungshysterie gerne vergessen. Hat die Senkung der Unternehmenssteuern in der Schweiz Priorität? Die SVP hat vor den Wahlen 07 in Grossinserraten

verlauten lassen, dass „ihre“ Schweiz die besten steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen bietet. Damit wird klar, dass die Handlungspriorität anders zu setzen ist: zum Beispiel bei der Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte, bei der Forschung, beim Abbau administrativer Hemmnisse.

Dient die Unternehmenssteuer-Reform den KMU? Dieses Paket enthält durchaus auch gute Elemente (deshalb die Abstimmungsempfehlung: leider nein). Wie so oft sind es aber nicht diese sinnvollen Massnahmen, welche die hohen Steuerausfälle verursachen. Das grösste

„Geschenk“ betrifft mit der Teilbesteuerung von Dividenden nur Aktiengesellschaften und zudem nicht Unternehmen, sondern Investoren.

Die vorliegende Unternehmenssteuerreform bietet zudem keine Anreize für eine nachhaltige Wirtschaft und für ökologisches Unternehmertum. Die Grünen Baselland sind nicht grundsätzlich gegen eine Senkung von Unternehmenssteuern. Im Gegenzug muss aber eine zukunftsgerichtete und damit ökologische Ausrichtung der Wirtschaft eingefordert werden.

Isaac Reber, Landrat, Sissach

Ein „flaues“ Ja zur Defizitbremse

Die Basellandschaftliche Kantonsverfassung verlangt von Regierung und Parlament einen ausgeglichenen Finanzhaushalt. Sie will damit eine übermässige Verschuldung des Gemeinwesens verhindern. Bei der zur Abstimmung vorliegenden Defizitbremse handelt es sich um die konkrete Ausgestaltung dieses Verfassungsauftrages.

Die Herausforderung besteht darin, den Handlungsspielraum von Regierung und Parlament nicht zu stark einzuschränken, damit sie z.B. bei Konjunkturkrisen handlungsfähig sind. Idealerweise greift eine Defizitbremse nur, wenn die Kantonsfinanzen längerfristig aus dem Lot zu drohen geraten.

Wie soll die Defizitbremse funktionie-

nieren? Die Regierung schlägt einen Mechanismus vor, welcher sich seit gut 70 Jahren im Kanton St. Gallen bewährt. Dabei dient das Eigenkapital des Kantons als Schwankungspool. Unterschreitet dieser Pool, beispielsweise aufgrund überbordender Ausgaben, den Wert von 250 Millionen Franken, werden „automatisch“ Steuererhöhungen fällig – falls der Landrat nicht durch Einsparungen Gegensteuer geben kann.

Die Einführung einer Defizitbremse bietet gewisse Schwachpunkte und Risiken. Es sind Szenarien denkbar, dass durch diesen Mechanismus grüne Errungenschaften/Investitionen durch „automatisch“ notwendige Sparmassnahmen gefährdet werden.

Auf der anderen Seite steht mit der De-

fizitbremse endlich ein Instrument für eine nachhaltige Finanzpolitik zur Verfügung. Ein ausgeglichener Haushalt ist schon lange Verfassungsauftrag. Die von Rechtsparteien dominierten Regierung und Parlament sind diesem bisher aber ungenügend nachgekommen. Wer wie die Baselbieter Regierung für einen Meter Hochleistungsstrasse 150'000 Franken ausgibt, braucht ein „Selbstdisziplinierungsinstrument“.

Eine nachhaltige Finanzpolitik stimmt zudem mit den Ideen der Grünen überein. Wir erhoffen uns eine Abnahme der Geldverschwendung in umweltschädigende Grossprojekte durch die Rechtsparteien.

Klaus Kirchmayr, Landrat, Aesch

Delegiertenversammlung Grüne Schweiz in Binningen



Voller Kronenmattsaal in Binningen.

Nach den sehr erfolgreichen Wahlen der Grünen für den Nationalrat war das mediale Interesse an der Delegiertenversammlung gross. Das verdanken wir auch Luc Recordon, der sich als Bundesratskandidat zur Verfügung stellte.

Deshalb musste ein riesiger Saal für die

Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz gefunden werden. Nach einer ersten Besichtigung mit dem Saalwart war ich total begeistert, einerseits vom Saal, andererseits vom Saalwart. Er bot den Grünen einen tollen Service. Dies möchte ich hiermit verdanken!

Es gelang zudem erfreulicherweise

rasch, genügend Leute zu gewinnen, die bei der Organisation dieses Anlasses mithelfen. Am Samstagmorgen erschienen dann viele Helferinnen und Helfer, die tatkräftig anpackten. Bald erstrahlte der geschmückte Saal in einem schönen Dekor mit viel Grün. Selbst der grüne Tannenbaum war vorhanden. Auf die Crew war jederzeit Verlass. Selbst in hektischen Phasen wurde in Ruhe und in grosser Selbstverständlichkeit gearbeitet. Gegen 17 Uhr konnten wir auf eine sehr stimmungsvolle und historische Delegiertenversammlung zurückblicken. Auch das restliche Aufräumen ging flott über die Bühne.

Mir bleibt übrig, allen Helferinnen und Helfer meinen grossen Dank für eine gelungene Durchführung der Delegiertenversammlung in Binningen auszusprechen!

Ruedi Basler, Organisator, Liestal

Eine mutige und richtige Wahl, auch dank den Grünen

Wie hättet ihr reagiert, wenn euch jemand vor 4 Jahren gesagt hätte, dass wir im Dezember 2007 wieder einen Bundesrat ohne Christoph Blocher und dafür das erste Mal in der Schweizer Geschichte drei Frauen in der Landesregierung haben würden?

Ihr hättet diese unverbesserliche Optimistin vermutlich ebenso mitleidig belächelt wie ich. Denn das neue, rechtsbürgerlich gestärkte Parlament hatte damals im Dezember 2003 gerade Bundesrätin Ruth Metzler zugunsten des SVP-Chefs Blocher aus dem Bundesrat abgewählt. Und anstelle der vorgeschlagenen FDP-Ständerätin Christine Beerli wurde der rechtsbürgerliche Ständerat Rudolf Merz in den Bundesrat gehievt. Kein Wunder folgten grosse, friedliche Demonstrationen in vielen Schweizer Städten, wo vor allem Frauen und junge Menschen ihre krasse Untervertretung in der Landesregierung beklagten.

Und wirklich: Die letzten vier Jahre Schweizer Politik waren kein Glanzstück. Der Bundesrat stritt sich immer offensichtlicher, die SVP vergiftete das

politische Klima mit immer schärferen Kampagnen gegen jegliche Bevölkerungsgruppen und ihr Parteichef im Bundesrat half tatkräftig mit, in dem er als Bundesrat die Menschenrechte, unseren Rechtsstaat und die staatlichen Institutionen öffentlich diffamierte. Derweil zum dringendsten Problem der Schweiz und der Welt, dem Klimawandel, vom Bundesrat gar nichts zu erwarten war. Wir Grüne hatten vor der Wahl von Christoph Blocher eindringlich vor all dem gewarnt. Wir wurden belächelt, ebenso wie noch vor zwei Monaten, als wir beschlossen, mit einer eigenen grünen Kandidatur gegen Bundesrat Blocher anzutreten.

Nun dürfen wir zu recht stolz sein, dass wir mit der Kandidatur von Luc Recordon das ganze Abwahl-Szenario überhaupt ins Rollen gebracht und dann mit seinem Rückzug im richtigen Moment entscheidend zur Wahl von Eveline Widmer-Schlumpf beigetragen haben. Auch ihr werdet wie ich den 12. Dezember 2007 und dann den darauf folgenden Morgen 08.00 Uhr nie vergessen. Die

halbe Schweiz zitterte vor Fernseher, Radio oder Internet mit. „Bitte, Eveline, sag ja!“ hauchten wir Grüne im Nationalratsaal an unseren Plätzen und waren ermutigt beim Anblick der beiden Weibel, die schon in voller Montur für die Verteidigung am Ratseingang bereit standen. Die Erleichterung und Freude war riesig und sie hält an. Ich bin überzeugt, dass unser neues Schweizer Parlament am 12. Dezember mutig und richtig entschieden hat. Mutig, weil es galt einen „allmächtigen“ Mann von einem mächtigen Posten zu entfernen und richtig, weil wir in der Schweiz eine Regierung brauchen, die zusammen arbeitet, die sich gegenseitig und alle Menschen im Land respektiert und die bereit ist, sich für unseren Staat und seine Institutionen zum Wohle aller (und nicht zum Wohle einer einzigen Partei!) einzusetzen.

Maya Graf, Nationalrätin, Sissach

Schlusspurt

Das neue Jahr hat kaum begonnen und schon stehen wieder Wahlen an. Kommt euch das bekannt vor? Vor genau einem Jahr läuteten die Landratswahlen den Auftakt eines einjährigen Wahlmarathons ein, der am 24. Februar 2008 seinen Abschluss findet. Die Grünen blicken zufrieden auf den bisherigen Verlauf des Marathons zurück. Sowohl der Start mit den Landratswahlen im Frühling 2007 als auch der Zwischenspurt im Oktober mit den Nationalratswahlen waren für die

Grünen äusserst erfolgreich. Nun biegen wir auf die Schlussgerade ein. Unser Ziel, die Gemeindewahlen im Frühling 2008, ist in Sicht. Dass wir es bis ins Ziel schaffen werden, verdanken wir kompetenten, engagierten Kandidierenden und unzähligen Mitgliedern sowie Sympathisantinnen, die uns mit hunderten von Stunden ehrenamtlicher Arbeit und Spenden unterstützen. Politik lebt wie Sport von der Teamarbeit. Helft mit, damit uns beim Schlusspurt nicht die Luft

ausgeht: Wählt kompetente Grüne Kandidierende in euren Gemeinden in den Gemeinderat, den Einwohnerrat oder die Kommission, unterschreibt die Initiativen für sauberes Trinkwasser, unterstützt das Engagement der Grünen mit einer Spende. Wir trainieren auch nach den Wahlen weiter, versprochen!

Bjørn Schaub
Geschäftsleiter Grüne Baselland